

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten

**1. Gesetzentwurf der Staatsregierung**  
Drs. 15/6052

**Bayerisches Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes (Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz - BayAgrarWiG)**

**2. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück, Gudrun Peters, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD**  
Drs. 15/6406

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz (Drs. 15/6052)**

**3. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück, Gudrun Peters, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD**  
Drs. 15/6407

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz (Drs. 15/6052)**

**4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**  
Drs. 15/6408

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz (Drs. 15/6052)**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Drs. 15/6052 mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Art. 1 Abs.2 Satz 1 Nr. 5 werden nach dem Wort „Aufrechterhaltung“ die Worte „und Weiterentwicklung“ eingefügt.
2. In Art. 7 Abs. 1 Satz 1 erhält die Nr. 9 folgende Fassung:  
„9. Erhaltung der Kulturlandschaft, insbesondere auch landschaftsprägender Siedlungsstrukturen,“.
3. In Art. 8 Abs. 3 Nr. 2 werden die Worte „entsprechend dem Zweck und den Zielen dieses Gesetzes“ gestrichen.
4. In Art. 10 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „Staatsministeriums des Innern“ durch die Worte „Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.
5. Es wird folgender neuer Artikel 12 eingefügt:  
„Art. 12  
Übergangsvorschrift  
Das Staatsministerium kann auf Antrag einer Vereinigung von Selbsthilfeeinrichtungen im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Satz 1 für das Jahr 2007 finanzielle Leistungen nach den bisher geltenden Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Bayerischen Landwirtschaft (LwFöG) gewähren.“
6. Der bisherige Art. 12 wird zu Art. 13.

Berichterstatter: **Sepp Ranner**  
Mitberichterstatterin: **Heidi Lück**

### II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6406, 15/6407 und 15/6408 in seiner 58. Sitzung am 11. Oktober 2006 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

mit den in I. enthaltenden Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/6407 haben die Nrn. 1.b) aa) und 4. durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/6406 und 15/6408 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6406, 15/6407 und 15/6408 in seiner 67. Sitzung am 26. Oktober 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/6407 haben die Nrn. 1.b) aa) und 4. durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/6406 und 15/6408 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6406, 15/6407 und 15/6408 in seiner 42. Sitzung am 07. November 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/6407 haben die Nrn. 1.b) aa) und 4. durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/6406 und 15/6408 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6406, 15/6407 und 15/6408 in seiner 140. Sitzung am 08. November 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass der in Nr. 5 neu eingefügte Art. 12 wie folgt ergänzt wird:

Nach den Worten „Das Staatsministerium kann“ werden die Worte „in begründeten Fällen“ eingefügt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/6407 haben die Nrn. 1.b) aa) und 4. durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/6406 und 15/6408 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen

6. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge auf Drs. 15/6406, 15/6407 und 15/6408 in seiner 59. Sitzung am 16. November 2006 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Enthaltung

der Stellungnahme des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugestimmt mit der Maßgabe, dass in Art. 12 Abs. 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2007“ und in Abs. 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. Dezember 2006“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/6407 haben die Nrn. 1.b) aa) und 4. durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/6406 und 15/6408 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Helmut Brunner**

Vorsitzender